

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## AKTUELL

### Modernste Mittel bei Cessna-Suche

Rorschach (AP) Nach der am Montagabend in den Bodensee abgestürzten Cessna soll heute Donnerstag mit modernsten elektronischen Mitteln weitergesucht werden. Wie die Kantonspolizei St. Gallen mitteilte, verunmöglichte die schlechte Witterung am Mittwoch die Sucharbeit. Bei den verunfallten Passagieren handelt es sich nach neuesten Erkenntnissen um zwei Berliner Geschäftsleute.



Bisher wurden von der Cessna lediglich Trümmerteile gefunden. Wegen eines Sturms wurde die Suche nach dem Flugzeug gestern abgebrochen. (Bild: key)

### «Endeavour»-Crew kommt nach Bern

Bern (AP) Auf Einladung des Bundesrats kommen Claude Nicollier und die Crew des Shuttle «Endeavour» nach Bern. Die Delegation wird am 17. Februar von Bundesrätin Ruth Dreifuss und Bundeskanzler François Couchepin empfangen, wie das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) am Mittwoch mitteilte.

### Blauehm-Vorlage: Abstimmung am 12. Juni

Bern (AP) Der Souverän wird am 12. Juni über die Schaffung von Blauehmtruppen, die erleichterte Einbürgerung für junge Ausländer und die Verankerung der Kulturförderung in der Bundesverfassung abstimmen. Der Bundesrat bestimmte am Mittwoch die Vorlagen, wie die Bundeskanzlei mitteilte.

### Kein Marcos-Gold in Zürich-Kloten

Kloten (AP) Der legendäre Goldschatz des verstorbenen philippinischen Ex-Präsidenten Ferdinand Marcos liegt nicht im Zollfreilager des Flughafens Zürich-Kloten. Eine vom zuständigen Zürcher Bezirksanwalt Peter Cosandey am Mittwoch vorgenommene Hausdurchsuchung ist ergebnislos verlaufen, wie Freilager-Direktor Otto Walther auf Anfrage bestätigte.

## Bleibt die Regierung bei der Gewährung von Wohnbeihilfen?

Umstrittene neue Leistung im Rahmen der Gesetzesvorlage über die Förderung des preiswerten Wohnungsbaus – Viele Vorbehalte im Landtag

(G. M.) – Unter dem Eindruck der hohen Wohnbaukosten und der entsprechend hohen Mieten legte die Regierung vor knapp zwei Jahren eine Neufassung des Wohnbauförderungsgesetzes vor, das als neuen Bestandteil die Gewährung von Wohnbeihilfen enthielt. Im Gegensatz zur Regierung, die den Ausbau dieses Förderungselementes als grossen Wurf bezeichnete, hielt sich die Begeisterung für diese zusätzliche Förderung im Landtag in engen Grenzen. Unter dem Eindruck sinkender Hypothekenzinsen und tendenziell fallender Mieten stellt sich die Frage: Bleibt die Regierung bei der Gewährung von Wohnbeihilfen?

Die Ausgangssituation für die Schaffung von Wohnbeihilfen hatte die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag mit der engen finanziellen Situation vieler Mieter begründet: «Eine beträchtliche Anzahl von Personen in unserem Land ist nicht mehr in der Lage, die Kosten für die Wohnungsmiete aufzubringen, ohne auf andere lebenswichtige Bedürfnisse verzichten zu müssen. Es kommt auch immer wieder vor, dass Familien und Einzelpersonen vorübergehend in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Damit sie in einer solchen Lage nicht sofort an die öffentliche Fürsorge gelangen müssen, sollen der Staat und die Gemeinden durch Wohnbeihilfen mithelfen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Wohnbeihilfen sollen eine vorübergehende Massnahme darstellen.»

### Mieten für 5 Prozent nicht mehr tragbar

Obwohl die Regierung ihre Begründung für die Schaffung von Wohnbeihilfen mit Zahlen einer Umfrage abstützte, blieben im Landtag berechtigte Zweifel an der Stichhaltigkeit dieses Befragungsergebnisses bestehen. Gemäss Regierungsbericht hatten 5 Prozent der antwortenden Mieter erklärt, dass die finanzielle Belastung aus den Wohnaufwendungen kaum bis nicht mehr tragbar seien.

Daraus leitete die Regierung die Schlussfolgerung ab, dass annähernd 700 Mieter sich in einer angespannten finanziellen Situation befänden. Zwar verteidigte der damalige Regierungschef Hans Brunhart die Wohnbeihilfen als soziales Instrument, doch musste er einräumen, dass der Umfrage recht subjektive Empfinden zugrunde liegen können: Wenn jemand beispielsweise 4000 Franken für eine Attikawohnung bezahlen müsse, so könne dies zu einer untragbaren Belastung werden, doch würde dieser Fall nicht unter die beabsichtigten Wohnbeihilfen fallen.

### 300 000 Franken oder 3 Millionen?

Auch das Berechnungsbeispiel für die mutmasslichen Kosten für Land und Gemeinden hielt den kritischen Fragen der Landtagsabgeordneten nicht stand. Im Bericht hatte die Regierung erwähnt, dass bei 700 bedürftigen Mietern die durchschnittliche Wohnbeihilfe etwa 400 Franken betragen würde (bei einem im

Gesetzesvorschlag enthaltenen maximalen Betrag von 800 Franken), so dass gesamthaft mit Aufwendungen von 300 000 Franken zu rechnen wäre, wovon Land und Gemeinden je die Hälfte tragen müssten. Offensichtlich hatte die Regierung jedoch vergessen, dass die Wohnbeihilfen monatlich zu entrichten wären, wie im Gesetzestext erwähnt, womit sich pro Jahr eine deutlich höhere Summe staatlicher Förderung ergeben würde. Der VU-Abgeordnete Günther Wohlwend rechnete jedenfalls dem Regierungschef vor, dass nicht 300 000 Franken durch die öffentliche Hand aufzubringen wären, sondern mehr als 3 Millionen Franken im Jahr.

Mit Wohnbeihilfen, erwähnte der Abgeordnete Wohlwend ausserdem, würde die Eigenverantwortung gelähmt und die Schwellenangst für die Einforderung der Beihilfe gesenkt: «Der Missbrauch wird geradezu gefördert und herbeigelockt».

### Unbürokratische Hilfe besser

Zwar bestritt der Landtag nicht, dass die Notwendigkeit für Wohnbeihilfen für bestimmte Personen oder Familien vorhanden sei, doch erschien der Mehrheit der debattierenden Abgeordneten die vorgeschlagene Regelung als zu weitgehend und zu bürokratisch, teilweise auch unangenehm und kaum praktikabel. Der FDP-Abgeordnete Otmar Hasler sprach sich für ein gesondertes Gesetz aus, das im Sinne einer Sozialhilfe

auf unbürokratische Weise die Engpässe von Mietern vorübergehend lindern helfe. Verschiedene Abgeordnete konnten sich auch mit dem starken Engagement der öffentlichen Hand im Bereich der Mieten nicht einverstanden erklären, sondern wollten den Markt weitgehend spielen lassen. Dem Ruf nach «weniger Staat» hielt Regierungschef Brunhart damals allerdings entgegen, dass sich der Staat in vielen Bereichen, ausgeprägt beim Bau von Sportanlagen, um die Anliegen der Bevölkerung kümmere. Er verteidigte die im Gesetzesentwurf vorhandene Auffassung, dass es richtig sei, wenn sich der Staat «auch um die existenzielle Frage kümmert, ob in diesem Land Wohnraum für die Bewohner vorhanden ist».

### Regierung ist am Zug

Die Regierung, die dem Landtag einen Bericht zu den aufgeworfenen Fragen versprochen hat, insbesondere auch für den Bereich der Wohnbeihilfen, ist nun am Zug, einen Weg oder eine Regelung zwischen der Notwendigkeit staatlicher Unterstützung und der Entwicklung des freien (Wohnungs)marktes zu finden. Auf dem Wohnungsmarkt scheint sich die Situation entspannt zu haben, was sich auch auf die Mieten auswirkt, während auf der anderen Seite das Problem der Arbeitslosen sich verschärft, deren Einkommen über längere Zeit nicht in allen Fällen ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten und eine Miete zu finanzieren.

## Gewinnsprung der Bank in Liechtenstein

Geschäftsergebnis 1993 mit einem Rekordergebnis – Steigerung des Reingewinns auf 83,9 Millionen

(G. M.) – Die Bank in Liechtenstein (BIL) erreichte im Geschäftsjahr 1993 ein neues Rekordergebnis. Zwar stieg die Bilanzsumme nur geringfügig gegenüber dem Vorjahr an, doch der Reingewinn konnte auf 83,9 Mio. Fr. gesteigert werden.

In der Erfolgsrechnung zeigen sich Ertragssteigerungen in allen Bereichen. Die gute Ertragslage benützte die BIL, um die Rückstellungen um weitere 60 Mio. Fr. zu erhöhen. Auch für 1994 ist die BIL recht zuversichtlich: Das Geschäftsjahr 1994 konnte genauso erfolgreich begonnen werden wie 1993 abgeschlossen.

Verwaltungsratspräsident Fritz Bühler erklärte an einer Pressekonferenz am Mittwoch, dass das Vertrauen in den Finanzplatz Liechtenstein durch die Kundenschaft sehr wichtig sei. Nach den politischen Turbulenzen des vergangenen Jahres sieht er nun eine Stabilisierung, die für den Dienstleistungssektor von grosser Bedeutung sei.



Die Bank in Liechtenstein kann für 1993 ein ausgezeichnetes Geschäftsergebnis vorweisen. Der Reingewinn steigerte sich auf das bisherige Rekordergebnis von 83,9 Mio. Franken. (Bild: Beat Schurte)

Nach Auskunft von Generaldirektor Heinz Nipp hat sich das Umfeld für die Banken im Geschäftsjahr 1993 als optimal erwiesen, weshalb die Erträge so stark gesteigert werden konnten. Die BIL

werde in Zukunft komplementär zum Vermögensverwaltungsgeschäft im lokalen und regionalen Bereich weiterhin das Universalbankgeschäft betreiben.

Mehr darüber auf Seite 3.

## Arbeitgeber gegen Alpen-Initiative

Zürich (AP) Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen lehnt die Alpen-Initiative als überrissen und mit der Schweiz als Transitland unvereinbar ab. Wie der Verband am Mittwoch im Hinblick auf die Volksabstimmung vom kommenden 20. Februar weiter mitteilte, werden dagegen alle anderen Verkehrsvorlagen befürwortet.

Die Alpen-Initiative verlange die Verlagerung des Gütertransit-Verkehrs über die Alpen auf die Schiene innert zehn Jahren, was einem Verbot des Strassentransits gleichkomme, schreibt der Verband weiter. Dies sei mit der Stellung der Schweiz als Transitland mitten in Europa nicht zu vereinbaren. Hinzu komme, dass die Schweiz im Verkehr mit den Nachbarstaaten durch die 28-Tonnen-Limite und das Nacht- und Sonntagsfahrverbot einen relativ kleinen Gütertransport auf der Strasse kenne und mit Huckepack-Korridor und NEAT grosse Anstrengungen zum Ausbau des Schienennetzes durch die Alpen unternähme.

## Bundesrat soll sich von Kleinkram entlasten

Kurzfristiges Entlastungspotential von zehn bis 20 Prozent – Vor allem Routinegeschäfte

Bern (AP) Der Bundesrat soll sich von Routinegeschäften ohne politische-strategische Bedeutung entlasten. Zahlreiche Personal- und Kreditentscheide könnte er an die Departemente delegieren und so die Geschäftslast um zehn bis 20 Prozent verringern. Der Bundesrat hat am Mittwoch von einem entsprechenden Bericht Kenntnis genommen und definitive Vorschläge für den Herbst angefordert.

Die Verwaltungskontrolle des Bundesrates hatte im Juni 1993 den Auftrag erhalten, Vorschläge für eine wirksame Delegation von Geschäften an die Departemente und für eine Entlastung der Departementchefs vorzuschlagen. Bei einer Pilotuntersuchung des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI) zeigte sich, dass der Bundesrat mit kurzfristigen Massnahmen seine Geschäftslast um zehn bis 20 Prozent abbauen und

die Departementsspitze bis zur Hälfte der Geschäfte abtreten kann.

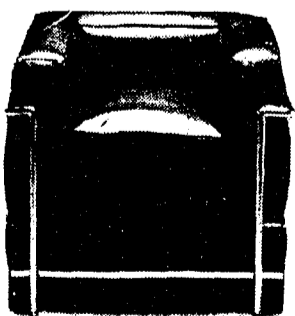
Der Bericht «Stufengerechte Zuordnung von Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen» schlägt dem Bundesrat vor, sich im Personalwesen, bei der Kreditvergabe, bei der Bestellung von Kommissionen sowie bei Geschäften ohne strategisch-politische Ausrichtung zu entlasten. An die Departemente zu delegieren wären namentlich Präsidialverfügungen, beispielsweise Defizitgarantien, die Bestimmung von Delegationen, die Kenntnisnahme von Berichten sowie die Freigabe von Kostenanteilen an Feiern. Damit liesse sich die Zahl von 500 Präsidialentscheiden um die Hälfte verringern. Bis und mit der 31. Lohnklasse sollten Personalentscheide ebenfalls den Departementen abgetreten werden, womit sich der Bundesrat um 80 bis 90 Anträge entlasten kann. Auch die Freigabe

bewilligter Budgetpositionen kann den Departementen übertragen werden, womit 100 Geschäfte auf Regierungsebene entfallen. Mit der Delegation von Wahlen in ausserparlamentarische Kommissionen könnten weitere 120 Geschäfte abgetreten werden. Schliesslich müssten Alltagsgeschäfte ohne politische Brisanz wie Enteignungen, Konzessionen oder interkantonale Streitigkeiten abgetreten werden.

### Mehr als 3000 Geschäfte

1992 befasste sich die Regierung an über 50 Sitzungen mit 3150 Anträgen und fasste 2559 Beschlüsse. Davon waren 55 Prozent der «weissen Liste» der prioritären Geschäfte zugeordnet, 26 Prozent betrafen Routinegeschäfte der «orangenen Liste», 16 Prozent Präsidialverfügungen und drei Prozent Aussprachepapiere.

## LE CORBUSIER



## THONY

9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16  
WOHNEN  
jeden Samstag geöffnet bis 16 Uhr